

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg. Leipzig, den 27. Juli 1918 Nr. 86

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Bemerkenswerte Zahlen aus dem Verbands- Die Tagung des Tarifausschusses, IX.
Korrespondenzen: Wachen. — Altsen. — Barmen. — Bielefeld. — Bochum. — Bonn. — Bremen. — Breslau. — Buer. — Düsseldorf. — Elberfeld. — Frankfurt a. M. — Gelsenkirchen. — Hagen. — Heide. — Kassel. — Kattow. — Kiel. — Köthen. — Magdeburg. — Mainz. — Memel. — Mittelrhein. — Potsdam. — Silesien. — Stragburg.

gebirge-Vogland 564, Nordwest 528, Elsaß-Lothringen 483, Schleswig-Holstein 436, Ostpreußen 385, Mecklenburg-Lübeck 308, Westpreußen 265, Posen 206.

Einzelnenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltenen Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Bemerkenswerte Zahlen aus dem Verbands-

Auch bei uns ist der Mitgliederstand nun wieder im Steigen begriffen, denn am 31. März d. J. zählte der Verband 29363 Mitglieder, gegen 28848 am Ende von 1917. Der Zuwachs um 515 wäre größer, wenn von den Neuausgelernten nicht ein Teil schon im ersten Vierteljahre 1918 hätte zum Militär einrücken müssen. In Fortführung der Mitgliederzahl am Schluß des zweiten Quartals 1914 würde unsere Organisation durch 11903 Neuaufnahmen über einen Mitgliederbestand von 22355 verfügen. Der Abgang löst sich zusammen aus 59539 Einberufungen (nach Abzug der Wiederentlassenen nur 48815) und 4177 Verstorbenen, in den Sozialdienst übergetretenen, Ausgesessenen und Ausgetretenen.

Interessant ist, wie sich die in andern Berufen Tätigen auf die einzelnen Gauen verteilen, nämlich: An der Saale zu 7,71 Proz. von 1167 Mitgliedern, Elsaß-Lothringen 7,66 (483), Frankfurt-Sachsen 7,24 (1299), Ostland-Schüringen 5,29 (983), Schleswig-Holstein 4,59 (436), Posen 4,37 (206), Rheinland-Westfalen 4,28 (3178), Berlin 4,09 (5920), Württemberg 3,92 (1659), Dresden 3,66 (1066), Westpreußen 3,39 (265), Oder 2,79 (752), Bayern 2,65 (2645), Nordwest 2,65 (528), Ostpreußen 2,60 (385), Mittelrhein 2,30 (1390), Hannover 2,07 (1109), Erzgebirge-Vogland 1,77 (564), Leipzig 1,48 (2235), Schlesien 1,35 (1115), Oberrhein 1,04 (671), Mecklenburg-Lübeck 0,65 (308), Hamburg-Altona 0,50 (999). Bei der sich zeigenden sehr großen Unterschiedlichkeit wäre die Erklärung nicht unangenehm, daß der Abgang vom Berufe von der Gunst oder Ungunst der Lohnverhältnisse in jedem Gau bestimmt wird. Im allgemeinen läßt sich diese Behauptung wohl aufstellen, wie wir vorausgehend die Gesamtzahl (1035) der Abwanderungen aus dem Berufe schon so gewertet haben. Im einzelnen spielt aber die Möglichkeit, eine andre Tätigkeit auszuüben, eine wesentliche Rolle, und diese Gelegenheit scheint unterschiedlich gegeben zu sein. Bemerkenswert ist noch, daß bei einer früher angestellten Stichprobe die Gawe An der Saale, Frankfurt-Sachsen und Elsaß-Lothringen auch schon die meisten Abwanderungen aufzuweisen hatten.

der Gehilfenschaft solchermaßen Stelle an den Kopf geworfen werden, dann hat das Entschuldigende mit der allgemeinen Hervorhebung denn doch ihre Grenze. Es ist aber notwendig, sich auf einen Standpunkt zu stellen, auf den die ruhige Prüfung der Dinge führt.

Objektiv ist zuzugeben, daß angesichts der Notlage der Kollegen und bei der mit jedem Tage sichtbar werdenden Unfähigkeit der regierenden Leute, der brutalen Ausbeutung der Konsumenten durch die nimmerlaffen Produzenten ernsthaft zu wehren, diese Entschließung als unangenehm empfunden werden kann. Wir halten es mit dem alten Spruch, der kein Freund von Resolutions war, und stehen daher auch der jeglichen Hochstuf von Parlamentsresolutions vielfach mit stiller Vorbehalte gegenüber; sie erscheinen uns nicht in jedem Fall und nicht in jedem Betracht als der richtige Ausdruck der vorherrschenden Meinung. Die nicht selten auffallenden Widersprüche zwischen den Beschlüssen des Volkswillens und dort bestärkten uns in dieser Auffassung. Dabei lassen wir ohne weiteres die Hervorhebung des Abstandes zwischen Forderung und Ausführung gessen, wobei allerdings trotzdem nicht vom fehlenden vollen Ausgleich zwischen diesen Exponenten gesprochen werden sollte, denn dann müßten gemäß der Berechnung des Statistischen Amtes in Frankfurt a. M. 157 Mk. wöchentlich als das Allermindeste für eine sechshöpfige Familie gefordert werden.

Diese Heimarmee von 29363 Mann ist jedoch nicht vollständig im Gemerbe tätig gewesen im ersten Vierteljahre. 1035 Mitglieder oder 3,10 Proz. arbeiteten in andern Berufen; das ist eine Zahl, wie sie zurückgehend, am 30. September 1915 etwas höher war, nämlich 4 Proz. Der niedrige Stand der in andern Berufen Tätigen wurde am 30. Juni 1916 mit 2,4 Proz. erreicht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die 1035 Kollegen anderswo besser besetzt werden, da sie sonst wohl nicht ihren Beruf dauernd oder vorübergehend aufgegeben haben würden. Die Krankenziffer betrug im ersten Quartal 2,50 Proz., hat relativ also keine Erhöhung erfahren; in absoluter Berechnung ergibt sich aber doch eine Zunahme der Krankmeldungen von 708 im letzten Quartal 1917 auf 866 im ersten von 1918; die ungünstigen Ernährungsverhältnisse der Buchdrucker drücken sich so ganz unverkennbar aus. Die Arbeitslosen verminderten sich dagegen von 75 auf 33, außerdem waren noch 3 (8) verkürzt arbeitende vorhanden.

Bei der Familienunterstützung steht Berlin mit 738880 Mark wieder oben an. Es folgen dann nach dem Maße der ausgezahlten Summen: Bayern mit 235400 Mk., Rheinland-Westfalen 219970 Mk., Württemberg 210530 Mark, Hannover 167202 Mk., Schlesien 160669 Mk., Mittelrhein 142487 Mk., Leipzig 113255 Mk., Oder 109810 Mk., Ostland-Schüringen 91957 Mk., An der Saale 90136 Mk., Schleswig-Holstein 86119 Mk., Frankfurt-Sachsen 82299 Mk., Hamburg-Altona 81606 Mk., Oberrhein 77707 Mk., Nordwest 57953 Mk., Dresden 55208 Mk., Elsaß-Lothringen 52924 Mk., Mecklenburg-Lübeck 45760 Mk., Ostpreußen 39627 Mk., Erzgebirge-Vogland 34163 Mk., Westpreußen 28180 Mk., Posen 15434 Mk. Die Reihenfolge ist nach den Leistungen eine etwas andre als nach der Größe der Gawe. Ob diese Abweichung allein bedingt ist durch die ungleiche Zahl der Verheirateten, könnte nur an der Hand der vorausgehenden detaillierten Statistiken über die Gawe festgestellt werden. Dazu fehlt uns das Material. Jedenfalls wird gemäß den auf der Generalversammlung in Würzburg gehörten Ausführungen alles getan werden müssen, um auch hier für die Restzeit des Krieges durchzuhalten.

Die Resolution vom 4. Juli wird in ihrem ersten Absatz auch von den Gehilfenvertretern mit gewissen Gefühlen angesehen werden. Ein reifes Produkt ist sie sicher nicht, teilt insofern das Schicksal mit gar vielen Entschlüssen von Versammlungen, die unter schweren Geburtswehen zur Welt kommen. Auch mit der einen Resolution von Würzburg ist es nicht so einfach gegangen wie mit dem Ei des Kolumbus. Wenn man sich in Berlin mit Erklärungen von beiden Seiten begnügt haben würde, wie sie der Tarifausschuß im Oktober v. J. entgegennahm, nach denen aber trotz der fehlenden Resolutionsform korrekt gehandelt worden ist, wäre es gewiß auch für die Folgezeit gut gegangen. Der erste Entwurf der Berliner Resolution wäre annehmbar gewesen. Seine Umarbeitung dann war zu sehr vom Prinzipalsinteresse diktiert. Der noch zwischen Ehr und Angst von Gehilfen unternommene Versuch zu einer liberaleren Fassung begegnete dem schon bei der Regelung der Überstundenbezahlung auf Prinzipalsseite sich zeigenden hartnäckigen Eifer, nicht groß nachzugeben, trotzdem gelangen einige Verbesserungen sowie die Befestigung von Schwächen. Die Kollegenschaft erblickt aber in der vorliegenden Fassung eine einseitige Bindung der Gehilfenpartei.

Die Familienunterstützung, d. h. die den Familien von eingezogenen Mitgliedern freiwillig gewährte Beihilfe oder sonst gezahlte Nothstandsunterstützung, erreichte am 31. März 1918 die Höhe von 2936276 Mk., wozu die Hauptkasse des Verbandes, die Gawe- und die Ortskassen ihren Teil beigetragen haben. Das erste Quartal d. J. bleibt mit 1727000 Mk. erheblich hinter dem vorübergehenden Vierteljahre zurück. Durch die in Würzburg vom Verbandsvorsitzende abermals bewilligte Summe wird es nun wieder zu einem Ausgleich kommen. Die Zahl der Verheirateten unter den Eingezogenen ist auf 29685 angewachsen. In dem Artikel „Von der Ehrenpflicht gegenüber unseren Feldfrauen“ (Nr. 82) ist schon gesagt worden, was in dieser Beziehung hier noch anzuführen wäre.

Die Tagung des Tarifausschusses

IX.

Die Resolution vom 4. Juli ist ein Ding an sich, mit einzelnen Materien, und zwar den wichtigsten, wohl in Zusammenhang stehend, aber doch keiner ausschließlich hinzuzuzählen. Sie hat wegen der darin ersichtlichen Bindung, bis zum Frühjahr 1919 mit keinen weiteren Forderungen zu kommen, in den Versammlungen viel Ansehen erfahren; zuweilen in einem Maße, das schon nicht mehr schön zu nennen ist. In Bochum hat man sogar erklärt, die Zustimmung der Gehilfenvertreter hierzu sei nichts mehr und nichts weniger als beschämend. Wenn solche starke Akzente angeschlagen werden, dann erscheint die Randbemerkung nicht überflüssig, daß bei den vorübergehenden Ausproben der Gehilfenvertreter und bei ihren Sonderbesprechungen manchmal Sachen aus der Gehilfenschaft zutage gefördert werden, die nicht nur in des Wortes vollster Bedeutung beschämend genannt werden müssen, sondern die auch die Position der Gehilfenvertreter bei den Unterhandlungen noch schwieriger gestalten. Es handelt sich dabei nicht immer um Vorkommnisse, die nur einzelnen zur Last zu legen sind. Wenn den Beauftragten

Nimmt man die Resolution unter die logische Lupe, so erscheint die Erklärung der Prinzipale im Eingange, daß bei Bemessung der Steuerzulage die derzeitige und voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt worden sei, so gewagt, daß ein jeder Ernährungsminister darüber hat erkannt sein wird. Die Weisfremdeit unserer führenden Prinzipale auf diesem Gebiete zeigte sich schon im Oktober v. J. und jetzt im Juli d. J. nicht minder. Natürlich wären wir es wohl einverstanden, wenn nunmehr die Prinzipalität in ihrer Gesamtheit und unter stärkster Benützung der ihnen doch zum großen Teil zur Verfügung stehenden Presse der Regierung die Bitte auf die Brust legen würde mit dem kategorischen Verlangen nach ausgiebigem Abbau der Preise. Der Gehilfen Sinn geht absolut nicht nach Steuerzulagenfestsetzungen, wenn nachweislich die Kosten der Lebenshaltung gesenkt werden können. Wenn das aber nicht möglich ist, wenn die von der Prinzipalsvertretung erklärte Voraussetzung von der Entwiklung unbarmerzig überrannt wird, was das viel Wahrscheinlichere ist, dann bleibt eben die Erhebung weiterer Forderungen nicht eine Frage der Zeit, sondern wird eine Sache der Selbsthaltung. Ein Gehilfenredner warf bei der großen Debatte sehr richtig ein: Wenn alles auf Kopf steht, dann kann doch nicht erwartet werden, daß im Buchdruckgewerbe die Uhr ruhig weitergeht! So ist es auch. Die Tarifausschüsse vermag nicht, wenn eine Welt zu bersten droht, die Sturm-

Die Verhältnisse in den einzelnen Gauen zeigen sich so abweichend voneinander, daß eine nähere Betrachtung verlohnt. Der Mitgliederbestand (31. März 1918) ist selbstverständlich ein ganz anderer, hat überall nur einen Teil der Stärke wie vor Ausbruch des Krieges aufzuweisen. Nach der Mitgliederzahl ergibt sich folgende Gruppierung: Berlin 5920, Rheinland-Westfalen 3178, Bayern 2645, Leipzig 2235, Württemberg 1659, Mittelrhein 1390, Frankfurt-Sachsen 1299, An der Saale 1167, Schlesien 1115, Hannover 1109, Dresden 1066, Hamburg-Altona 999, Ostland-Schüringen 983, Oder 752, Oberrhein 671, Erz-

beschwörung gegen die hereinbrechende Vernichtung zu bilden. Sie hat ja auch nicht zu verhindern vermocht, daß bei Kriegsbeginn die Entlassungen und materiellen Verschlechterungen nur so rasellen. Man kann es wohl verstehen, wenn die Prinzipale im Interesse einigermaßen gesicherter Existenz vor dem Frühjahr keine neuen Forderungen gestellt haben möchten. Dann aber auch hervor mit dem Diktator, der dem Steuerwahnwitz und den insatiablen Erpressungen, die man sich denken kann, Einhalt gebietet! Was verelendete Volk würde ihm zujubeln, und unsere Prinzipale hätten dann mit ihrer Erklärung auf die richtige Entwicklung getypf. Loyalität gegen Loyalität — einseitige Bindung beim Losen von Vulkanen aber kann es nicht geben!

An sich sind Vereinbarungen, Steuererhöhungen bis zu einem gewissen Zeitpunkt selten zu lassen, nichts Seltenes; sie waren sogar fast allgemein üblich. Wir haben schon einige Male die Formel „bis drei Monate nach Friedensschluß mit England“ erwähnt. (Bei untern Beratungen soll auf Prinzipalseite sogar ihre Erweiterung auf sechs Monate gespuht haben.) Man ist jetzt in den andern Gewerben und Industrien davon abgekomen und setzt aus gewonnener Erfahrung eine begrenzte Dauer fest. Die Elastizität mit untern Steuererhöhungen, die wir hieser hatten, d. h. gar keine zeitliche Bestimmung, war sehr selten anzutreffen. Im Buchdruckerstand ist allein in den letzten drei Monaten dreimal (Österreich, Maschau, Schweiz) das eingetreten, was man in Bochum so äußerst lebenswürdig eine Beschämung für die Gehilfenvertreter nannte. Da es nur zur besseren Kenntnis beiträgt, empfehlen wir, wem noch im „Korr.“ nach solchen Beschämungen zu suchen.

Das Ersuchen um mögliche Beschränkung des Stellenwechsels — eine Klausel bei den Steuererhöhungen, die in Österreich bei härterer Fassung nichts Neues ist — soll keine Einschränkung der Freizügigkeit ausdrücken, denn die ist ja durch das Mitsdienengesetz schon beschränkt genug. Aber mit dem Tagen von Stelle zu Stelle, wie es bestimmte und meistens solche Arbeitskräfte, die in normaler Zeit nicht sonderlich fortzukommen vermögen, während der Kriegszeit zu treiben liebten, damit wird man sich nicht beschränken können. Das sind Auswürfe, denen billigerweise freilich auch das Wegengagieren von Arbeitskräften in der Resolution hätte zur Seite gestellt werden müssen. Warum man dieses Abel nicht miterkündet hat, da doch die in Nr. 75 etwas falsch kommentierte rheinisch-westfälische Kreisversammlung in Krefeld (27. Mai) solche Vorkommnisse zum Gegenstande der Kritik gemacht hatte, was, wie der Kreisvorsitzende in Berlin selbst zugab, aus dem Bericht in der „Zeitschrift“ aber gar nicht zu erkennen war, ist nicht zu verstehen. Man beiseitigt doch nicht Mißstände bei den Prinzipalen, wenn nur bei den Gehilfen Fehler oder unschöne Sachen gesehen werden! Aus einer Druckerlei mit notorisch schlechten Verhältnissen das Weggeben zu verbieten, liegt selbstredend nicht in der Absicht der Resolution vom 4. Juli.

Der dritte Absatz der Resolution handelt von der Durchsetzung höherer Druckpreise; die Prinzipalität soll darin auf das nachdrücklichste unterstützt werden. Er ist von der Kritik verschont geblieben; das Gegenteil wäre ja auch noch schöner gewesen. Wir wollen aus den Beratungen nur kurz erwähnen, daß gehilfenseitig ein solcher Nachdruck für notwendig und beabsichtigt erklärt wurde, daß bei den Prinzipalen neben der Freude darüber auch schon etwas Unbehagen entdeckt werden konnte. Macht aber nichts, es muß aus Gange gegangen werden, ob behördliche oder private Auftraggeber Hemmungen bereiten. Das alte Bollwerk der unzufriedenen Zahler muß zu Fall gebracht werden, die Gehilfen schüben in ihrem Interesse gern Schrottrupp vor, und der „Korr.“ wird an der Spitze schreiben.

Die Resolution vom 4. Juli ist also nicht das Schreckgespenst einer Fesselung der Gehilfenchaft, sondern der Ausdruck für Erwartungen und Erfordernisse, denen besser eine andre Form gegeben werden wäre.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Machen. Ein neben andern Interessanten in Aussicht stehender ergänzender Bericht zu dem Beschlusprotokoll über die Verhandlungen des Tarifausschusses hatte am 13. Juli die Mitglieder in ungewohnter Zahl (über zwei Drittel waren erschienen) zur Versammlung getrieben. Der Bericht, den auf Grund des in der Bezirksvorsitzerkonferenz erhaltenen Materials der Vorsitzende Greden erstellte, wurde mit großem Interesse und Beifall entgegengenommen. In der lebhaften Besprechung wurde der unsern Führern seitens eines Teiles der Prinzipalität gemachte Vorwurf, daß sie die Anzuliebeheit in der Kollegenchaft künstlich hervorriefen, entkräftigt zurückgewiesen; nur der krassen Mißbilligung unserer Organisation sei es zu danken, daß sich die Anzuliebeheit der Gehilfenchaft nicht in drastischen Formen zeigte. Weiter kam zum Ausdruck, daß die erhöhten Steuererhöhungen zwar bei weitem nicht zu des Lebens Notdurft reichen, aber in Erkenntnis der schwierigen Lage, in welche unser Gewerbe durch den Krieg gebracht, gebe man sich mit dem Erreichsten zufrieden. Unsere Prinzipale sollten sich mehr als Kollegen

fühlen und weniger als Konkurrenten! Denn nur auskömmliche Druckpreise sichern den Angehörigen des Berufs neben des Lebens Notdurft ein Teilhaben an den hohen Kulturgütern der Menschheit. Im übrigen beschäufte neben der Frage der Beschaffung eines würdigen Bildes unfres verstorbenen Vorsitzenden Andreas Wilms zum Schmuck unfres Versammlungslokals eine wiederholte ablehnende Antwort unfres Lebensmittelausschusses um die Gewährung der Schwarzarbeitserzulage die Versammlung, ferner der Beitritt zu dem Mieter-schutzverein, und endlich wurde noch beschlossen, von jetzt ab wieder regelmäßig die Monatsversammlung abzuhalten, und zwar am zweiten Sonnabend des Monats. Sofern der Verhandlungsstoff es zuläßt, sollen diese Versammlungen im Interesse der jungen Gehilfen der Behandlung fachlicher Gegenstände und der Beantwortung zu stellender gewerblicher Fragen dienen. Leider gebot die Postzustände zu früh Schluß, so daß ein Referat über die Druckerkrankenkasse zurückgestellt werden mußte.

Allenstein (Ostpr.). Die am 16. Juli abgehaltene Ortsvereinsversammlung erfreute sich regen Beluhs. Galt es doch, Auskunft zu erhalten über die Würzburger Generalversammlung und die Tarifauschüßung, wozu unser Gauvorsitzer Reiskner (Königsberg) einen umfassenden Bericht erstellte. Der erzielte Erfolg wurde zwar anerkannt, jedoch kam Zufriedenheit der Kollegen nicht zum Ausdruck, da die neuen Aufbesserungen noch lange keinen Ausgleich schaffen für die enorme Steuererhöhung.

Fn. Barmen. Eine außerordentliche Bezirksversammlung fand am 14. Juli in Barmen statt. Nach der Ehrung zweier im Felde gefallener Kollegen ergriff Bezirksvorsitzender Kunz das Wort zur Berichterstattung von der Bezirksvorsitzerkonferenz in Köln über die Tarifauschüßung. Er schilderte den Verlauf der Verhandlungen über die verschiedenen Punkte und gab das für die Gehilfen erzielte materielle Ergebnis bekannt. In der sich anschließenden Aussprache erkannte man die große und schwierige Arbeit, welche die Gehilfenvertreter im Tarifauschüßung geleistet haben, voll und ganz an, verurteilte aber auf das entscheidendste das Ergebnis der Verhandlungen und gab der Meinung Ausdruck, daß 20 Mk. Steuererhöhung nicht zu viel gewesen wären, besonders im Hinblick darauf, daß Barmen zu den teuersten Städten Deutschlands zählt. Ebenso fand die Berechnung der überforderten Mißbilligung. Nachdem noch einige Internas verhandelt waren, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

yr. Bielefeld. Am 14. Juli fand in Serford die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den zweiten Vorsitzenden Kölscher, Ehrung der im zweiten Quartal gefallenen 17 Kollegen, womit leider die Zahl der Kriegsofiser schon auf 95 gestiegen ist, nahm die Versammlung Kenntnis von dem Eingang eines Zirkulars des Gauvorsitzenden. Zwei Aufnahmegeheule wurden in beifolgendem Sinne erledigt. Der „Kassenbericht“ wurde vom Bezirkskassierer Weeking mit näheren Aufklärungen gegeben. Das Hauptinteresse erforderte die nunmehr folgende Berichterstattung von der Bezirksvorsitzerkonferenz und Tarifauschüßung. Kollege Ernst berichtete über die Verhandlungen, dabei besonders die Schwierigkeiten hervorhebend, welche sich den Abmachungen entgegenstellten. Der erste Vorsitzende Lenz gab hierzu noch einige Erläuterungen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Gehilfenvertreter wohl bei möglichsten getan hätten, daß aber ein Ausgleich für die ins Ungemessene gestiegene Lebenshaltung und Steuererhöhung nicht geschaffen sei. Auch mit dem Ausschlag von 50 Proz. für Überforderten auf den Grundlohn konnte man sich nicht einverstanden erklären wie auch nicht mit dem späten Termin des Inkrafttretens der Steuererhöhung. Die Ehrung der diesjährigen Verbandssubjillare: Linder (Bielefeld) und Kemmer (Mindens) [40jährig], Dreyer, Sermenting, Mehse (Bielefeld) und Scheer (Detmold) [25jährig] sowie der 50jährigen Berufssubjillare der Kollegen Giffing (Wabern) und Säröder (Detmold) erfolgte in dieser Versammlung in würdiger Weise. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde beschlossen, von der untrer Bezirkskasse zuzuführenden Summe den Kriegsertrauen und -witwen wieder eine Unterstützung zukommen zu lassen.

n. Bochum. Die am 14. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung, an der auch Vertreter der Ortsvereine Salingen, Serne und Witten teilnahmen, ehrte zunächst das Andenken eines gefallenen und zwei verstorbenen Kollegen. Der Vorsitzende Friedemann erstellte sodann Bericht von der am 7. Juli in Köln stattgehabten Bezirksvorsitzerkonferenz, in der unser Gehilfenvertreter Albrecht über die Verhandlungen des Tarifauschusses in Berlin berichtet hat. Die sich anschließende Diskussion nahm einen erregten Verlauf, wie man es hier seit vielen Jahren nicht erlebt hat. Scharfe Töne wurden angeschlagen, auch gegenüber unsern Gehilfenvertretern. Das von letzteren Erreichte wurde im Vergleich zur herrschenden Steuererhöhung als vollkommen unzulänglich bezeichnet. Folgende Resolution, die aus der Mitte der Versammlung eingegangen war, wurde angenommen: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Bochum erklärt nach Prüfung der Berliner Verhandlungen, daß die getroffenen Vereinbarungen nicht im entferntesten den mit Recht gehegten Hoffnungen der Gehilfenchaft entsprechen. Die im letzten Jahre eingetretene überhöhte Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, die Mietssteigerungen und die hohen Steuerbeträge überfordern das in Berlin Geschlossene um ein Vielfaches. Daß die Gehilfenvertreter die minimalen Zugeständnisse mit der Zulage erkaufen, vor Frühjahr 1919 nicht wieder mit Forderungen an die Prinzipale heranzutreten, erklärt die Versammlung als be-

schämend für die Gehilfenvertreter. Da die erreichten Zugeständnisse nicht im mindesten den Anforderungen der jetzigen Zeit entsprechen, wird es der Versammlung zu Gemüte, daß die Vertreter der Gehilfen in Anerkennung der ungeheuer schwierigen Lage, in der sich die Gehilfenchaft befindet, nicht mit dem nötigen Nachdruck ihre Forderungen durchgesetzt haben.“ Wegen die Schlußsätze der Resolution wandte sich der Vorsitzende mit Entschiedenheit. Er verteidigte die Gehilfenvertreter gegen die erhobenen Vorwürfe, dabei hervorhebend, daß auch nach seiner Ansicht die Steuererhöhungen zu niedrig bemessen seien; aber es stehe für ihn fest, daß nicht mehr zu erreichen gewesen sei und die Gehilfenvertreter voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hätten. (In Bochum hat man in der Kritik das Augenmaß ganz verloren. Haben die Kollegen dort nicht gewußt, auf welches ungefähre Maß der Hauptforderung man in Würzburg einig ging? Denn auf den wirtschaftlichen Umfang der Forderungen zurückzuführen, ist in keiner Gewerkschaft noch der Fall gewesen, weil viel gar nicht erreicht werden kann. Wie ist denn bei uns der Abstand zwischen dem Gewollten und dem Erreichten? Ist in Bochum nicht auch berichtet worden, welches Angebot die Prinzipale ursprünglich gemacht haben? Die Gehilfenvertreter haben unsrer Forderung den schärfsten Nachdruck gegeben! Die Beleidigung der Gehilfenvertreter weisen wir entschieden zurück. Nur der Bruch einer starken Organisation hat noch erreichen lassen, was erzielt worden ist. Der einzelne wäre nie instand gewesen, auch nur annähernd das herauszuschlagen. Wenn die freiwirtschaftlichen Bewegungen von einzelnen Firmen als nachahmenswerte Beispiele dem „Korr.“ zur Veröffentlichung übergeben werden und weit höhere Konzessionen für die Allgemeinheit werden als Pappentischl bezeichnen, dann kommt die Logik wieder stark zu kurz. Zwischen Rüstungsindustrie und Buchdruckergewerbe besteht nun einmal ein großer Unterschied. Über weitere Angriffspunkte haben unsere Artikel schon die erforderliche Aufklärung gebracht und bringen sie noch. Red.)

Bonn. Unsr am 14. Juli in Bonn abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht und nahm einen sehr anregenden Verlauf. Der Vorsitzende Lorenz gedachte zunächst der verstorbenen und der im Felde gefallenen Kollegen. Nach Erledigung des „Geschäftsleitens“ und Genehmigung des Kassenberichts vertrat es Gauvorsitzer Albrecht freilich, als „Rückblick auf die außerordentliche Generalversammlung und die Verhandlungen des Tarifauschusses“ ein anschauliches Bild der auf diesen beiden wichtigen Tagungen geleisteten bedeutungsvollen Arbeit zu geben, wofür ihm die Versammelten am Schluß lebhaften Beifall zollten. Die von den Gehilfenvertretern unter schwierigsten Verhältnissen für die Gesamtheit geleistete Arbeit fand Anerkennung. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß wir keinen Anlaß haben, bei der Prinzipalität den Anschein zu erwecken, als habe sie materielle Zugeständnisse über das Maß der Noilage der Gehilfen hinaus gemacht. Auch die neuen Steuererhöhungen reichen nicht hin, die Bedürfnisse wirklich zu befriedigen. Gauvorsitzer Albrecht trat den in der Debatte gemachten Ausführungen bei. Bei der Belehungsfrage kam zum Ausdruck, daß die Behörden unserm Bestreben geradezu entgegenstehen und dadurch auch die Arbeit des Tarifamts sehr erschweren. Nach Erledigung der Tagesordnung wurden dem am Abend, erst kürzlich aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Kollegen Baldus, dem früheren langjährigen Ortsvereins- und Bezirksvorsitzenden, die herzlichsten Glückwünsche des Verbands- und Gauverbandes sowie des Bezirks- und Ortsvereins aus Anlaß seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit dargebracht.

Bremen. (Bezirksversammlung vom 14. Juli.) Nach Ehrung eines gefallenen Kollegen und nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten erstellte Kollege Auhorn Bericht von der letzten Tarifauschüßung. Redner betonte eingangs, daß sich die Beratungen diesmal ungeheuer schwierig gestaltet hätten, weshalb das Ergebnis, wodurch die gewerbliche Ordnung vorläufig wieder gelichtet werde, besonders zu bewerten sei. Im weiteren gab Redner dann ein anschauliches Bild von dem Zustand kommen der Beschlüsse. In der Aussprache wurde von einem Kollegen betont, daß das Resultat wohl erfreulich sei, doch nichts Außergewöhnliches, wozu sich die Prinzipale bereit erklärt hätten. In andern Gewerben wäre diese Lohnstufe längst erreicht. Über die Auslegung der Beschlüsse wurden noch Zweifel laut. Es wäre lieber eine ganze Neuaufstellung der Steuererhöhungen gegeben worden.

Breslau. Nach Ehrung eines gefallenen Kollegen vollzog die außerordentliche Generalversammlung am 14. Juli sieben Neuaufnahmen und nahm sodann den Bericht unfres Gehilfenvertreters Giedler über die Verhandlungen des Tarifauschusses entgegen. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Erklärung fast einstimmig angenommen: „Die am 14. Juli im „Sobenzoglergarten“ versammelten Breslauer Buchdruckergehilfen nehmen Kenntnis von den Beschlüssen des Tarifauschusses mit dem Bedauern, daß 1. die in der Erhöhung der Steuererhöhungen gemachten Zugeständnisse nur die Verteuerung der Abwehrungsmitel berücksichtigen, dagegen die Verteuerung aller Gebrauchsartikel außer acht lassen. 2. In Absatz 2 der Resolution des Tarifauschusses erblickt die Breslauer Gehilfenchaft einen Eingriff in die Freizügigkeit und erklärt, daß wohl kein Gehilfen aus purer Wollust seine Stellung in Kriegszeit wechseln. 3. In Unbetragt derzeitiger Unter-erhöhung erwartete die Breslauer Gehilfenchaft vom Tarifauschuss eine Befreiung zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wenigstens ein Sonnabendnachmittag, und dauert lebhaft, daß die Gehilfenvertreter eine dabingehörige Anregung beim Tarifauschuss unterlassen haben. 4. Wenn die Breslauer Buchdruckergehilfen trotzdem die Beschlüsse

des Tarifauschusses annehmen, dann in der Erkenntnis, daß die Zahl der einflussigen Prinzipale im Wachsen begriffen ist, die die Notlage der Gehilfen mit außerhalb des Tarifs stehenden Zuwendungen anerkennt. Ferner in der Hoffnung, daß die Frage des freien Sonnabendnachmittags für die Frühjahrsjahre spruchreif sein wird. Zwei aus rüstlicher Gefangenschaft zurückgekehrte Kollegen konnten begrüßt werden. Kollege Wokittel blickt in diesen Tagen auf eine diesjährige Verbandsmitgliederschaft zurück. (Zu dem dritten Monatium müßten wir das zum Düsseldorf Bericht sowie im Abschnitt III Beiträge wiederholen. Red.)

M. Buer i. W. In der Versammlung am 14. Juli brachte Vorländer Merck ein Skizzen des Gauvorstandes zur Kenntnis, einhaltend die Beschlüsse der Würzburger Generalversammlung. Nachdem ein Neuausgelernter im Verband Aufnahme gefunden hatte und der Massenbericht erstattet war, nahm die Versammlung Stellung zu den neuen Steuerungsulagen. Augenblicklich könnte man mit den erstellten Entwürfen zufrieden sein. Eine aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution, in der den Gehilfenvertretern und dem Tarifamtssekretär der Dank abgestattet wurde, fand einstimmige Annahme. Bei dieser Gelegenheit wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß Buer, Volkrop und Glabbech unbedingt einen höheren Lohnzuschlag erhalten müßten. Die Friedensverhältnisse dieser Orte gleichen schon denen der benachbarten Großstädte. Nichtsdestowenig wurden die starken Preisunterbietungen auswärtiger und auch eigener Firmen zur Sprache gebracht. Wurde doch ein Fall mitgeteilt, wo 50 Proz. Unterschied vorhanden war. Durch diese „Kalkulationen“ müßten die anständigen Druckereien die bisherigen Preise bedeutend reduzieren. Die Not muß demnach bei den Prinzipalen nicht sehr groß sein, wenn heute noch derartige Unterschiede zu verzeichnen sind (siehe „Rundschau“ in Nr. 80: „Konkurrenzleistungen im Buchdruckgewerbe“). Man kann die Beobachtung machen, daß die Prinzipale in der Ablehnung der Gehilfenwünsche einig sind, dies aber bei Forderung angemessener Druckpreise selbst. Ferner wurde beschlossen, daß unser Ortsverein dem Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften als korporatives Mitglied beitrete.

L. Düsseldorf. Am 13. Juli fand eine Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Kollege Schippers erstattete Bericht über die letzte Bezirksvorsitzersprüfung, die sich mit verwaltungsmäßigen Sachen befaßt hatte und den Bericht von der Tarifauschussprüfung entgegennahm. Die Aussprache war sehr lebhaft. Bedauert wurde, daß kein Sautag in diesem Jahr abgehalten werden soll. Bezüglich der Tarifauschussprüfung klang die Aussprache in folgender Einschließung aus: „Die am 13. Juli im „Friedländer Hof“ folgende gutbesuchte Versammlung der organisierten Buchdrucker Düsseldorfs erkennt ausdrücklich die energische Tätigkeit unserer Vertreter zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfen. Sie bedauert, daß trotzdem infolge des Widerstandes der Prinzipale keine befriedigende Lösung gefunden wurde. Die Versammlung hält die vom Tarifauschuss beschlossene Erhöhung der Steuerungsulagen für zu gering, um auch nur einen annähernden Ausgleich für die grenzenlosen Preissteigerungen aller Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel zu schaffen. Sie befürchtet den Abgang vieler Kollegen zu andern Berufen, in denen der Leistung entsprechende höhere Löhne gezahlt werden. Insbesondere verurteilt die Versammlung die Art der Abrechnungsbezahlung, da die Überstunden nimmer zum Teil zu niedrigeren Sätzen geleistet werden müssen, als der vom Gesamtlohn errechnete Stundenlohn beträgt. Des weiteren protestiert die Versammlung gegen die Verschleppung des Zahlungstermins, die Teilung der Zulagen in zwei Raten sowie gegen die Festlegung, nicht vor Frühjahr nächsten Jahres mit neuen Forderungen heranzutreten und stellt fest, daß diese Zulage schon vor Inkrafttreten durch die ungeheure Steigerung überholt ist. Versammlung bedauert, daß dem dringenden Bedürfnis auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht entsprochen wurde, und hofft, daß unsere Gehilfenvertreter bei nächster Gelegenheit ihr Hauptaugenmerk auf die Verkürzung der Arbeitszeit lenken.“ (Es ist wieder einmal Hochkonjunktur mit den Resolutionen. Man kann es verstehen, wenn die Mitgliedern zum Ausdruck bringen, daß sie im Hinblick auf die noch answachsende Steuierung mit den materiellen Zugeständnissen nicht so befriedigt sein können, wie es die Prinzipale sich vorstellen, die bereits einen Preisfall sehen. Man kann auch zu diesem oder jenem die Meinung äußern, es hätte besser geregelt sein können. Was man aber in Düsseldorf über die Arbeitszeitverkürzung resolutioniert hat, ist doch ganz unlogisch. Man lese in Nr. 62 auf der vierten Seite die einstimmig auf der Würzburger Generalversammlung angenommene Einschließung zur Erhöhung der Steuerungsulagen einzeln und zur Tarifrevision andererseits. Die Arbeitszeitverkürzung geht demnach zur Tarifrevision, zu der es aber nicht gekommen ist, weil der Tarifauschuss den Erwartungen auf eine annehmbare Erhöhung der Steuerungsulagen entsprochen hat. In Düsseldorf muß anscheinend große Unklarheit über den Hauptbeschluss von Würzburg bestehen! Red.) Am Schluss der Versammlung wurden die Kollegen A. Janben (vierzigjährige Mitgliederschaft) und August Süß (fünfundzwanzigjährige Mitgliederschaft) durch den Vorsitzenden Schippers gefeiert und ihnen Geschenke überreicht. Die Sitzung wurde durch Vortrag einiger Veder vom Gewerkschaftsverein „Outenberg“ vorberichtet. Der junge Bericht leitete wirklich Verlässliches. Kollege Janben dankte für den andern Jubilar mit. Aufgenommen wurde ein

(Weitere Korrespondenzen in der Beilage.)

Rundschau

Mitteilungen der Redaktion. Im März d. J. bestand schon Übereinstimmung zwischen Verbandsvorstand und Redaktion, daß es nicht länger mehr angling, mit einem Mann den ganzen Redaktionsbetrieb aufrecht zu erhalten; dieser Zustand hätte zu dessen Aufhebung führen müssen. Der im Herbst 1916 bei Eingliederung der beiden Redaktionsmitglieder Schaeffer und Helmholz gefundene Ausweg, den Kreis der Mitarbeiter zu vergrößern, hat sich bewährt, aber auch als unfindlich erwiesen, da die Materialverforgung und Direktivenerstellung doch wieder zu Lasten des verbleibenden einen Redaktionsmannes geht. Es mußte unbedingt versucht werden, eine Ersatzkraft für die Redaktion selbst zu bekommen. Ein im März bereits längere Zeit schwebendes, von mehreren Instanzen verschiedenes Beurteilungsgesuch für den Kollegen Schaeffer (Helmholz war vom Oktober 1917 bis in den Januar 1918 freigegeben gewesen) verzögerte die beabsichtigte Änderung. Als jedoch bis zur Generalversammlung die Angelegenheit Schaeffer, der in Würzburg nur mit persönlichem Urlaub erwidert, immer noch nicht erledigt war, vielmehr als ausichtslos angesehen werden mußte, machte Karl seine bekannte Eröffnung von der Notwendigkeit eines Ersatzes für die Redaktion, die Voraussetzungen dafür wie obwaltenden Schwierigkeiten in jeglicher Zeit hervorhebend. Es erfolgte nur ein direktes und ein indirektes Angebot. Das erstere zerfiel sich ohne Schuld von Verbandsvorstand und Redaktion; das letztere konnte nicht in Betracht kommen wegen der Umstände, die gegenwärtig nicht bloß in einer Begehung stark mifflprechen. Leider trat so eine nochmalige Verzögerung ein, so daß Generalversammlung und Tarifauschussprüfung die Arbeit und Schwierigkeiten in der Redaktion turnhoch steigerten, ohne daß die erforderliche Abhilfe gerade nun hätte wirksam sein können. Nunmehr ist endlich auch das gelungen: Kollege Carl Römer in Leipzig hat, nachdem ihm seine Firma in sehr dankenswerter Weise einen längeren Urlaub eingeräumt, dem an ihn gerichteten Auftrage Folge geleistet und ist als Ersatzmann in die Redaktion eingetreten. Kollege Römer verfehlt jetzt im dritten Jahre das Amt des stellvertretenden Gauvorsitzers in Leipzig, ist schon lange Zeit Gehilfenvorsitzender des Leipziger Schiedsgerichts und ist auch verschiedentlich bereits auf Generalversammlungen und Gauvorsitzerkonferenzen gewesen. Eine Veränderung in der Abrechnung der Einblendungen an die Redaktion tritt nicht ein.

Hr. Hirschmann bringt empfinden. Eine Anleitung zur richtigen Anwendung sämtlicher Beschlüsse des Tarifauschusses vom 4. Juli d. J. hat das Tarifamt für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft ausgearbeitet. Das Exemplar kostet 25 Pf. bei portofreier Zustellung. Bestellungen werden zwecks rechtzeitiger Verendung umgehend an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, erbeten. Der Versand kann, wie wir inzwischen erfahren, doch noch in der letzten Julwoche erfolgen. Die „Anwendung“ der Beschlüsse des Tarifauschusses“ ist eine so genaue Unterweisung von sieben Quartseiten Umfang, daß eine jede Frage, jedwede Ausrechnung ohne weiteres hierdurch überflüssig wird. Unter den Ziffern 4, 5 und 6 werden die Bezüge einer streikigen Punkt betriebigend gelöst finden. Da ein Nachdruck dieser „Anwendung“ in den amtlichen Organen der Tarifgemeinschaft nicht erfolgen kann, für „Mitteilungen“ usw. aber direkt verboten ist, so liegt es im Interesse von Gehilfen, Prinzipalen und Geschäftsleitungen, sich die neuere Veröffentlichung des Tarifamts schnellstens zu beschaffen.

Von Buchdruckern im Arztee. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Bruno Brod (Mauen) als sechsundachtzigstes das Eisener Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Karl Bödorn, Hugo Farchim, Ernst Herrlich und Willi Koch (Berlin), P. Dworzak (Wolff), Alfons Birke (Brieg), August Hodefeld (Wesfeld), Emil Arnold (Düsseldorf), Wilhelm Güllmann (Eisen), Alfred Majoli und Friedrich Böttner (Freiburg i. Br.), R. Scharf (Oßlich), Oskar Lange (Hagen i. W.), Konrad Seidel (Sof), Fritz Beierling (Hagen i. W.), Karl Hiller und Richard Lorien (Leipzig), August Niehaus (Münster), Hans Hagedorn, Karl Rixen und Karl Wölbe (Neumünster), Otto Buchardt (Mauen), Oskar Fichtenicher, Kurt Heinz, Albert Herrleben, F. Arno Schenker und Otto Schlegel (Meichenbach) sowie Paul Kertop (Wittenberg). 601 Verbandskollegen haben somit das Eisener Kreuz erhalten.

Nachahmenswerte Beipiele. Die Buchdruckerei Karl Sehne in Dippoldswalde zahlte die neue Steuerungsulage bereits am 20. Juli aus. — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gewährten ihrem gesamten technischen Personal am 20. Juli eine Ersatzsteuerungsulage; es erhielten: Gehilfen je 20 Mk., Hilfsarbeiter je 15 Mk., Hilfsarbeiterinnen je 10 Mk., Lehrlinge je 5 Mk. — Die Buchdruckerei Julius Jacob in Goldberg i. Schl. dem gesamten Personal drei Tage. — Die Eberhardische Hof- und Katschbuchdruckerei in Bismar zwei, drei und vier Tage.

Offizielle Postkarte von der Verbandsgeneralversammlung in Würzburg. In letzter Zeit mehren sich die Anfragen seitens verschiedener Mitglieberschaften bezüglich Zulassung größerer Posten erwählter Karte zum Zweck der Verendung an die Feldgrauen. Da die Zulassung verweigert, hat sich die Würzburger Vorstandschaft entschlossen, eine zweite Auflage drucken zu lassen. Der Bezugspreis beträgt bei Abschluss jealchen Wertes für 100 Stück 9 Mk. Einzelgenpleare kosten 10 Pf. Bestellungen sind zu richten bis spätestens 1. August an Hans Schöffel, Würzburg, Reisingergasse 5 I.

Unsere Tarifgemeinschaft — eine Doktorprüfungsarbeit. Nicht zum ersten Male haben die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe Unterlagen für Doktorarbeiten abgegeben. Diesmal handelt es sich um eine Dame, die unserm Gewerbe und seinen Einrichtungen auf dem Lohngebiete weitgehendes Interesse entgegenbringt. Fräulein Elise Heine, Tochter des Herrn Rektors Selz in Reimscheid, hat die juristische Doktorprüfung mit dem Prädikat „Insigni cum laude (mit ausgezeichnetem Lob)“ bestanden. Das Thema ihrer Doktorarbeit lautet: „Die Tarifgemeinschaft als Verein; eine juristische Untersuchung des Deutschen Buchdruckerarbeits.“

Fortschritte auf dem Gebiete der Beschäftigungsausbildung. Ein unser Kulturziele ist die Heranbildung eines gediegenen Nachwuchses im Buchdruckgewerbe. Aus diesem Grunde haben wir jedes Fortschritt in dieser Hinsicht registriert und mit Freuden begrüßt. Die Gründung von Buchdruckerfachschulen sollte allen größeren Ortsvereinen am Herzen liegen bzw. von diesen beauftragt werden. Besonders lob verdient daher die verhältnismäßig kleine Stadt Reichenbach i. B. Hier wird demnächst eine Buchdrucker- und Buchbinderfachschule eröffnet werden. Die Buchdruckerlehrlinge, denen an einer Fortbildung gelegen war, mußten bisher, um dies Ziel zu erreichen, nach Plauen fahren.

Erhöhung der Steuerungsulagen für die Buchdruckerhilfsarbeiter in München. Vertreter des Vereins Münchener Buchdruckerhilfsarbeiter und des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands (Satzstelle München) haben in Anbetracht der gegenwärtigen außergewöhnlichen Steuierung eine Erhöhung der bisher gewährten Steuerungsulagen vereinbart. Nach dieser Vereinbarung erhalten ab 1. August 1918 die männlichen Hilfsarbeiter eine neue wöchentliche Zulage von 9 Mk., ab 1. Dezember eine weitere von 5 Mk. Auf Grund dieser Erhöhung beträgt die gesamte Steuerungsulage für ledige männliche Hilfsarbeiter in München ab 1. August 22 Mk., ab 1. Dezember 27 Mk. wöchentlich; die verheirateten männlichen Hilfsarbeiter erhalten ab 1. August insgesamt 23 Mk., ab 1. Dezember 28 Mk. wöchentlich. Die Steuerungsulagen für Einzelgerinnen und Hilfsarbeiterinnen werden ab 1. August um 6 Mk., ab 1. Dezember um weitere 3 Mk. wöchentlich erhöht, so daß die Zulagen für die Arbeiterinnen am 1. August 16,50 Mk., ab 1. Dezember 19,50 Mk. wöchentlich betragen. In einer sehr bewegten Versammlung, in welcher die einzelnen Redner das geringe Entgegenkommen der Prinzipale besonders gegenüber den weiblichen Kräften bedauerten, hob der Versammlungsleiter zum Schluß hervor, daß selbstverständlich von einem Ausgleiche zwischen Steuierung und Steuerungsulagen nicht gesprochen werden könne, daß jedoch immerhin von einem Erfolge gesprochen werden müsse, und daß dieser Erfolg nur erzielt werden konnte durch den Zusammenschluß der Hilfsarbeiter. Im großen und ganzen bedeutet diese Neuregelung der Steuerungsulagen für die Hilfsarbeiter in München eine Anlehnung an die Beschlüsse unres Tarifauschusses. Können wir, daß dieses Abkommen auch in den übrigen Orten Nachahmung finden möge.

Berichterstattersstreik gegen das Stadtverordnetenkollegium. Der in Nr. 84 des „Korr.“ erwähnte Straßener Pressehoy hat gegen das Stadtverordnetenkollegium ist, nachdem der Stadtverordnetenvorsteher eine diesbezügliche angemessene Erklärung abgegeben hat, nimmer für beendet erklärt worden.

Höhere Einkommensgrenze für die Angestelltenversicherung. Wie der „Münchener Zeitung“ berichtet wird, hat sich der Bundestrat eingehend mit der Frage der Angestelltenversicherung beschäftigt und ist zu dem Entschlusse gekommen, eine zeitlich beschränkte Sinaufhebung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht vorzunehmen. Diese Änderung wird nicht durch einen Beschluß des Reiches, sondern durch eine Bundesratsverordnung angeordnet werden und hierdurch die gescheitliche Wirksamkeit erhalten, da dem Bundesrate für eine derartige Änderung das sogenannte Ermächtigungsgesetz zur Seite steht.

Lohnkürzungen in den staatlichen Betrieben in Spandau. Nachdem in einigen Privatbetrieben der Berliner Metallindustrie bereits Lohnreduktionen vorgenommen worden sind, haben auch die königlichen technischen Betriebe in Spandau einen Teil der Lohnhöfde wesentlich herabgesetzt. Der Verband Berliner Metallindustrieller hatte schon seit geraumer Zeit die Verdienste der Arbeiter überwacht und sich fortgesetzt bemüht, kassifische Erhebungen zu veranstalten. Auch auf die Bezdrhen hat der genannte Verband eingewirkt, um einen gewissen Einblick in die Lohnverhältnisse der königlichen technischen Betriebe in Spandau zu erhalten. In der vom Verbande Berliner Metallindustrieller herausgegebenen Statistik kommt nun durchaus nicht der Stand des allgemeinen Lohnniveaus zum Ausdruck, da dieser Arbeiterverband bei weitem nicht alle Betriebe umfaßt. Und gerade in denjenigen Betrieben, welche dem Verbande nicht angehören, werden in den meisten Fällen wesentlich höhere Löhne erzielt als in den Verbandsbetrieben. Auch sind die Staffifiken völlig einseitig aufgestellt worden, weil

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelummert 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 86 — Leipzig, den 27. Juli 1918

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

zw. Eberfeld. Am 14. Juli gutbesuchte außerordentliche Bezirksversammlung ehrte zunächst das Andenken von zwei auf dem Schlachtfelde gefallenen Kollegen. Ferner gedachte der Vorsitzende Marschall in warmen Worten der durch den Tod so plötzlich von uns geschiedenen Kollegen Otto Pehla und Ferdinand Holzmann. Pehla, welcher fern von der Heimat zur Erholung wollte, war stets ein rühriger Kollege und eifriger Förderer der Arbeiterbefreiung; auch Holzmann wurde als Vertrauensmann von seinen Kollegen hoch geschätzt. Nachdem noch zwei Kollegen dem Gauvorsitzende zur Aufnahme empfohlen wurden, gab Kollege Karp einen anschaulichen Bericht über die Tarifausübung. In vorzüglicher Weise schilderte derselbe die Schwierigkeiten, womit unsere Gehilfenvertreter zu kämpfen hätten, um zu einer Verständigung zu gelangen. Mit dem Erreichen könne man sich zufrieden geben, wenn auch kein völliger Ausgleich für die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel geschaffen sei. Die Gehilfenvertreter hätten alles aufzuboten, um auch nur das Äußerste von den Prinzipalen herauszuholen, was zu erreichen war. Dann streifte der Redner noch die Faktoren- und Hilfsarbeiterfrage, den Organisationsvertrag und das Bezahlungsabstandsverfahren; letzteres besonders den Kollegen warm empfehlend. Die Versammlung hörte dem Vortrag mit Spannung zu. Als dann noch einige Anfragen vom Referenten zur Zufriedenheit beantwortet waren, wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 14. Juli gutbesuchte außerordentliche Versammlung des Bezirks Eberfeld nimmt die Berichtserstattung über die Tarifausübung entgegen und erkennt die Bemühungen der Gehilfenvertreter zur Erreichung höherer Feuerungszulagen an. Wenn die beschlossenen Erhöhungen auch keinen Ausgleich gegenüber den immer noch steigenden Preisen aller Bedarfsartikel bilden, so wolle man sich mit den Abmachungen einverstanden erklären, obwohl ein Mehr sehr erünscht gewesen wäre.“ Zum Schluß der Versammlung wurde dem Referenten und den Gehilfenvertretern noch der Dank der Anwesenden für die Mitbewältigung durch den Vorsitzenden ausgesprochen.

Sch.-dt. Frankfurt a. M. Am 13. Juli fand hier eine Versammlung der tariffreien Buchdrucker-Gehilfen statt. Der Vorkleidende Gehilfenvertreter Braum gab einen ausführlichen Bericht über die Tagung des Tarifausschusses, nachdem er bereits in einer Bezirksvorsteherkonferenz des Kreises III am 7. Juli referiert hatte. Redner schilderte besonders die Schwierigkeiten, die bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung zu überwinden waren. In der Diskussion wurde auf die Unzulänglichkeit der Feuerungszulagen hingewiesen, die keinerlei Ausgleich gegenüber den gestiegenen Preisen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel biete. Scharfe Kritik fand das geringe Entgegenkommen der Prinzipalvertreter hinsichtlich der Bezahlung der Überstunden, die zum Teil niedriger als die Tagesstunden bezahlt werden sollen. Ebenso der späte Einführungszeitpunkt erregte Mißstimmung. Daß die Gehilfen vor Frühjahr 1919 keine Forderung stellen sollten, erscheint bei den unsicheren Verhältnissen unverständlich. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die am 13. Juli in Frankfurt a. M. abgehaltene gutbesuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung nimmt den Bericht des Gehilfenvertreters von der Tarifausübung entgegen und erklärt sich mit der Erhöhung der Feuerungszulagen vorläufig einverstanden. Dieses bringt gleichzeitig zum Ausdruck, daß die bewilligte Erhöhung noch nicht geeignet ist, einen Ausgleich für die im Preise gestiegenen Lebensmittel und Bedarfsartikel zu schaffen. Sollten die Feuerungsverhältnisse eine andre Entwicklung nehmen, als auf der Tagung des Tarifausschusses vorausgesehen werden konnte, so erwarten die Gehilfen schon vor dem Frühjahr 1919 ein Entgegenkommen seitens der Prinzipalvertreter hinsichtlich der berechtigten Forderungen der Gehilfen. Bezüglich der Berechnung der Überstunden sowie des Termins der Einführung der beschlossenen Erhöhung der Feuerungszulagen hätte die Gehilfenchaft ein größeres Entgegenkommen seitens der Prinzipalvertreter erwartet. Den Gehilfenvertretern spricht die Versammlung für das tatkräftige Eintreten für die Verbesserung der Lage der Gehilfen ihre vollste Anerkennung aus.“ Eingangs der Versammlung ehrte diese sechs Opfer des Weltkrieges sowie drei Verstorbenen.

Gelsenkirchen. In der am 13. Juli stattfindenden Mitgliederversammlung nahmen die Kollegen den Bericht des Bezirksvorsitzenden über die Bezirksvorsteherkonferenz entgegen. Nach Erledigung von „Geschäftlichen“, Aufnahme und Massenbericht erläuterte Kollege Wiechen (Hfen) die Verhandlungen des Tarifausschusses und klärte einige Mißverständnisse auf. In der Diskussion sollte die Versammlung der Verbandsleitung und den Gehilfenvertretern volle Anerkennung für den erzielten Erfolg, konstatierte jedoch, daß die Prinzipale der schwierigen Lage der Gehilfen nicht genügend Rechnung getragen hätten, da die jetzige Feuerungszulage durch die ungeheuren Preissteigerungen der Lebensmittel usw. schon überholt wäre.

Mit Entrüstung wurde die Behauptung zurückgewiesen, daß die jetzige Bewegung von der Würzburger Generalversammlung angeflist sei. Man bedauerte, daß die Disziplin der Verbandsmitglieder von Prinzipalseite als Zufriedenheit betrachtet werde. Aus letzterem Grunde wurde den Mitgliedern empfohlen, sich zahlreicher am Verbandsleben zu beteiligen und mehr als bisher an die Öffentlichkeit zu treten.

Sagen i. W. In einer am 14. Juli abgehaltenen außerordentlichen Bezirksversammlung, die einen guten Besuch aufwies, erstattete der Vorsitzende Lorenz Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln und über die Sitzung des Tarifausschusses. Redner schilderte die Schwierigkeiten, die von unsern Gehilfenvertretern zu überwinden gewesen seien, um in der Feuerungszulagenfrage mit den Prinzipalen zu einer Verständigung zu gelangen. In der folgenden längeren Aussprache wurden die erreichten Zulagen als ungenügend bezeichnet und zum Ausdruck gebracht, daß man von den Prinzipalen mehr Verständnis für die bedrückte Lage der Gehilfen erwartete; auch die weite Hinausschiebung des ersten Auszahlungstermins der neuen Zulage wurde einer scharfen Kritik unterzogen und hierbei erwähnt, daß die Zeitungsvorleger im diesigen Bezirke schon mit dem 1. Juli die Bezugs- und Anzeigepreise mit der Begründung von Lohnzulagen, von denen die Gehilfen jedoch noch nichts gemerkt haben, weiter erhöht hätten, ebenso konnte man sich auch damit nicht einverstanden erklären, daß vor dem nächsten Frühjahr keine neuen Forderungen gestellt werden sollen, da ja gar nicht vorauszuwischen sei, wie lange die wahnwitzige Preiserhöhung noch anhalte. Folgende Entschließung gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die außerordentliche Bezirksversammlung erkennt die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen des Tarifausschusses an, spricht auch den Gehilfenvertretern für ihre Tätigkeit Dank aus, hätte aber in Anbetracht der enormen Steuerung von den Prinzipalen ein größeres soziales Verständnis erwartet und bedauert ganz besonders, daß die Auszahlung der neuen Feuerungszulagen erst vom 1. August ab erfolgt.“ Eingangs der Versammlung ehrte diese das Andenken dreier dem Kriege zum Opfer gefallener Kollegen.

Seide (Hollstein). Die am 7. Juli in Sufsum abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich guten Besuches zu erfreuen. Der Vorsitzende gedachte zunächst des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böhm und wies verschiedene Gehilfenvertreter (Samburg) sowie eines gefallenen und eines verstorbenen Kollegen. Sodann überbrachte er dem Kollegen Hennig (Seide) zu seinem fünf- und zwanzigjährigen Verbandsjubiläum die Glückwünsche des Bezirkes. Hierauf nahm unser Gauvorsitzer P. Müller (Kiel) das Wort zu seinem Referat über die Würzburger Generalversammlung. Redner gab ein klares Bild über die Maßnahmen der Generalversammlung und erstete reichen Beifall für seine Ausführungen.

Hkm. Kassel. Eine gutbesuchte Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft fand am 11. Juli statt, um den Bericht von der Frankfurter Bezirksvorsteherkonferenz über die in Berlin gepflogenen Verhandlungen des Tarifausschusses entgegenzunehmen. Dieser Aufgabe unterzog sich Kollege Engelbach in anschaulicher Weise. In der Aussprache betonten verschiedene Redner, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen ein besseres Ergebnis erwartet hätten. Vor allem wurde gegen die unbedingte Annahme der Prinzipale Stellung genommen, als ob erst die Würzburger Generalversammlung die Überzeugung von der Notwendigkeit und Dringlichkeit der erneuten Aufbesserung bei unsern Kollegen erweckt hätte. Diese Behauptung zeuge davon, daß unsere Arbeitgeber sich nicht entfernt ein Bild von der beispiellosen pekuniären Not in einer Buchdruckerfamilie machen können. Von der Annahme einer Entschädigung wurde Abstand genommen. Den Schluß der Versammlung bildete eine Aussprache über die derzeitigen Bezahlungsverhältnisse, bei welcher Gelegenheit verschiedene unersreuliche Fälle scharf kritisiert und Abhilfe dringend gefordert wurde.

r. Kattowitz (O.-Schl.). Der Gehilfenvertreter Fiedler (Breslau) gab hier über die Tarifausübung Bericht, zugleich noch die Generalversammlung des Verbandes mit streifend. Die Mitglieder waren mit dem Erreichten bis auf einige wenige einverstanden, die es lieber auf eine „Kraßprobe“ hätten ankommen lassen. Die Versammlung war gut besucht, dem Referenten wurde der verdiente Dank ausgesprochen. Seine Ausführungen waren erschöpfend und zugleich belehrend.

Kiel. Am 13. Juli referierte unser Gehilfenvertreter Runkler über die Tarifausübungsverhandlungen. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen (mit Ausnahme der Überstundenentschädigung) einverstanden.

Sachsen i. Alb. In der Versammlung am 11. Juli, an der auch die zwei Kollegen aus Alken teilnahmen, erstattete unser Gehilfenvertreter König einen eingehenden Bericht von der Tarifausübung. In der sich anschließenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß wohl die gewährten Zulagen annehmbar seien, aber in keiner Weise den Feuerungsverhältnissen Rechnung tragen. Die Neuordnung der Entschädigung für Überstunden wurde eben-

falls als zu niedrig bemängelt. Der Stellungnahme der Gehilfenvertreter zur Bezahlungsfrage, der Faktorenfrage und der Hilfsarbeiterfrage wurde zugestimmt.

Magdeburg. (Vierteljahrsbericht.) „Wenn das Ergebnis der Verhandlungen des Tarifausschusses der Gehilfenchaft bei weitem auch keinen Ausgleich für die seit dem Herbst vorigen Jahres wieder zu konstatierende, an Wahnwitz grenzende weitere Steigerung der Preise für alles zum Leben Notwendige bedeutet, so nehmen die Mitglieder des Ortsvereins Magdeburg im Verbands der Deutschen Buchdrucker die von ihren Gehilfenvertretern für die Gesamtkollegenchaft in aktiver, energiegeladener Weise erkämpften Zugeständnisse als gegeben hin; erwartend, daß bei anscheinend weiterem Situationsellen der Preise während einer unabsehbaren Fortdauer des Krieges die jetzt gewordene Erhöhung der Feuerungszulagen nicht die letzte Etappe auf dem eingeschlagenen Wege bildet. Ihrem Gehilfenvertreter aber sprechen die zahlreich versammelten Kollegen nach Anhören seiner trefflichen Ausführungen über die Berliner Verhandlungen für die im Allgemeinen interessierte Arbeit ihren warmsten Dank und volle Anerkennung aus.“ Diese Entschließung war das Resultat unserer am 8. Juli abgehaltenen Ortsvereinsversammlung, zu der sich auch eine größere Anzahl von Kollegen aus Burg und Neubrandenburg eingeladen hatte, die gespannt dem Vortrage des Kollegen König (Salle) folgten. In Würdigung der mitgebrachten Zugeständnisse mußte die Kritik an der geleisteten Arbeit schweigen, wenn die Anwesenden auch gegen den seitens der Prinzipale den Gehilfenvertretern gegenüber erhobenen Vorwurf Verwahrung einlegten, daß solche Forderungen lediglich von den Führern der Gehilfenchaft ausgingen. Jedenfalls wäre der Anmut der letzteren bei weitem zu erwarten gewesen mit elementarer Gewalt zum Durchbruch gekommen. — Mit den im zweiten Quartal vollzogenen 31 Aufnahmen in Verbindung mit 12 Zugezogenen und 9 vom Militär Entlassenen hat sich nach Abgang von 31 Eingezogenen, 7 Abgereisten und 3 Gestorbenen der Mitgliederstand von 289 am 31. März auf 300 am 30. Juni gebogen. Elf weitere Opfer forderte das Weltferale des Krieges im verfloßenen Vierteljahre, mit denen nunmehr die Zahl von 113 erreicht ist. Wann endlich werden wir das letzte Opfer zu ehren haben? Auch ein gut Teil des augenblicklichen Krankheitsstandes von 9 Proz. infolge der fraurigen Ernährungsvorhältnisse auf das Konto des Krieges zu legen. — In letzterlicher Weise, unter Mitwirkung des „Graphischen Gesangsvereins“, wurden die Neuausgerlenen in besonderer Veranstaltung mit Zweck und Ziel der Organisation vertraut gemacht und für ihre notwendige berufliche Weiterbildung auch der Beitritt zur Graphischen Gesellschaft und zu den Spartenvereinigungen, dergleichen zur Förderung des kollegialen Verkehrs der Eintritt in den Kollegengangsverein empfohlen. — Mit der Behandlung der Beratungsgegenstände zum Goutage befahle sich außer der Ortsvereinsversammlung auch eine Sitzung der Delegierten des Bezirkes, um ein einmütiges Zusammenarbeiten auf jener Tagung vorzubereiten. Dies wurde auch erzielt, obwohl ein Delegierter es schriftlich abgelehnt hatte, sich an solcher Aussprache zu beteiligen; auf die in Aussicht gestellte Begründung hierfür läßt er noch warten. Dankenswerterweise hat das Gauparlament für die Schmerzen unseres Ortsvereins bezüglich der hohen Ausgaben für Erhaltung der in Friedenszeiten geschaffenen Einrichtungen mit der Bewilligung einer jährlichen Subvention Verständnis gezeigt. Der Genehmigung des letzteren zur Abhaltung von Bezirksversammlungen auch während der Kriegszeit, erstmalig namentlich um eine schnelle Berichterstattung von der Generalversammlung zu ermöglichen, wird seitens der Mitglieder aus den übrigen Bezirken leider nur wenig entsprochen, obwohl den meisten noch Gelegenheit zur Teilnahme nach Schluß der Versammlung geboten war. Der Widerstand gegen den Besuch einer solchen Versammlung, weil für einen Wochentag angelegt, dürfte in weiten Mitgliebskreisen wenig Verständnis finden. — Um in die fraurigen Zeitverhältnisse auch einen kleinen Lichtblick fallen zu lassen, hielt es der Ortsverein für angebracht, auch den viersten Namenstag unfres Altkriegers während der Kriegszeit mit einer becheidenen, den Kleinen der Kollegenfamilien zugehörigen Feier zu begehen. Leider hatte der Westergott für diese edle Tat nicht das geringste Verständnis und ließ den 23. Juni zu einem wahren Feiertage sich gestalten. In normalen Zeiten hätte man sich dafür in einem Lokale mit größerem Saal an der Schänke rächen können, wie die Chronik über ähnlich ungünstig beeinflusste Veranstaltungen klassische Beispiele anzuführen in der Lage sein soll. Diesmal mußten wir jedoch das Johannisfest als vollständig verunglückt in recht deprimierter Stimmung verlassen. Nur das Quadratsel hatte sich in Anbetracht der seitens der Kommission getroffenen Auswahl zeitgemäßer Preise (lebende Kaninchen, ein fünfpfündiges Weibrot, ein großer Käse unter Glode, mehrere Pfund Rhabarber, einige Pfund neuer Kartoffeln, Spargel, Blumenkohl, große Gurken u. dgl. mehr) eines recht regen Zuspruchs zu erfreuen.

ke. Mainz. Am 11. Juli abgehaltene Versammlung, die gleich nach Geschäftsabschluss stattfand, hatte sehr guten Besuch aufzuweisen. Nach Erledigung einiger

